

Vorstellung des Kernwegekonzeptes

Zur ungewohnten Zeit (vormittags unter der Woche!) kamen die Gemeinderatsmitglieder von Arnbruck und Drachselsried am im Arnbrucker Rathaus zusammen. Der einzige Tagungsordnungspunkt : Information durch die BBV Landsiedlung GmbH, Vertreten durch Herrn Albert Meister, zum Kernwegenetzkonzept der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) Zellertal mit Aussprache und Festlegung der weiteren Vorgehensweise.

Der Referent musste von München anreisen und wurde von Bauoberrat Franz Stark vom Amt für Ländliche Entwicklung (ALE), Landau, begleitet. In vorigen Sitzungen hatten die Gremien der beiden Zellertalgemeinden ihre Wünsche, welche Straßen und Wege ausgebaut oder saniert werden sollten, zu Papier gebracht und an das ALE geschickt. Herr Meister erläuterte den Gemeinderäten den Hintergrund der bezuschussungsfähigen Maßnahmen. Demnach können mit diesem Programm keine Stichwege, zum Beispiel zur Hof- oder Felderschließung gefördert werden, dafür gibt es aber andere Programme.

Gewollt ist mit dem Kernwegenetzkonzept vielmehr eine Netzstruktur aufzubauen, die die größeren Gemeindestraßen und überörtliche Straßen mit einander verbinden. Ertüchtigt sollen die vorhandenen Gemeindeverbindungsstraßen und öffentliche Feld- und Waldwege werden. Es ist nicht beabsichtigt neue Wege zu bauen.

Nach den Vorgaben dieses Programmes wird angestrebt, dass die Fahrbahn eine Breite von 3,50 Metern haben soll, plus zweimal 0,75 Meter fürs Bankett und wo notwendig ein Straßengraben erstellt wird. Die Fahrbahn muss nicht zwangsläufig mit einer Teerdecke versehen werden. Die Traglast wird auf ein Gesamtgewicht von 40 Tonnen ausgelegt, damit trägt man der immer schwerer werdenden landwirtschaftlichen Fahrzeuge Rechnung.

Laut Oberbaurat Stark beträgt die Förderung durch das ALE zwischen 65 und 75 Prozent der Kosten, auch für die Planung. Die weitere Vorgehensweise wird sein, dass die Gemeinden eine Prioritätenliste erstellen, die in drei Abschnitte eingeteilt ist. Die vordringlichen Maßnahmen, die relativ bald verwirklicht werden können, wobei sich der Zeitraum auf bis zu fünf bis sechs Jahre erstreckt, sollen zuerst gemeldet werden. Daran schließen sich zwei ebenso lange Zeiträume an, für Maßnahmen die eine längere Anlaufzeit brauchen, wobei der Grunderwerb sicher eine gewichtige Rolle spielen wird.

Es wurde angeregt, dass die beiden Gemeinden einen Lenkungsausschuss bilden, der die Prioritätenliste erstellt, um möglichst bald loslegen zu können. Von Seiten der BBV Landsiedlung ist beabsichtigt, bis April genauere Pläne zu erstellen, die den Gemeinden zur Verfügung gestellt und mit denen dann gearbeitet werden kann.